

Brexit – so what?

[Fritz Breuss](#)

Ökonomenstimme: 8. April 201 (<https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2021/04/brexit--so-what/>)

Das Brexit-Drama ist mit dem Abschluss eines Handels- und Kooperationsabkommens formal zu Ende gegangen. Offen bleibt, wie sich der Brexit auf die Beziehungen des Vereinigten Königreichs zur EU auswirken und wie sich die wirtschaftliche und politische Bedeutung der beiden Player in Europa und auf der Weltbühne entwickeln wird.

Nach viereinhalbjährigen Verhandlungen fand der Brexit mit einem Handels- und Kooperationsabkommen (HKA) zu Weihnachten des Vorjahrs seinen Abschluss^[1]. Die Folgen für beide Parteien für den bilateralen Handel und die jeweilige Wohlfahrt sind schwer abschätzbar, handelt es sich doch um ein einmaliges Politik-Experiment. Allerdings dürfte kurz- und mittelfristig vor allem das Vereinigte Königreich als Verlierer dastehen: Zwar gibt es im Warenhandel keine neuen Zölle und Quoten, doch führen neue Handelshemmnisse (wie etwa Zollkontrollen) zu Einschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel.

Kein Domsday – aber deutliche Schwächung der britischen Wirtschaft

Entgegen den Domsday-Prognosen hat sich die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs seit dem Referendum 2016 nicht in eine Rezession manövriert, ist aber deutlich schwächer gewachsen als in Vergleichsländern und auch langsamer als in den Jahren davor.

Nach dem Referendum, also zwischen dem 2. Quartal 2016 und dem 4. Quartal 2019, wuchs das reale BIP im Vereinigten Königreich mit 1,5 Prozent pro Jahr langsamer als in der Eurozone (+1,9 Prozent). Die Corona-Pandemie hat das Vereinigte Königreich besonders hart getroffen: Sein reales BIP schrumpfte 2020 um 9,9 Prozent, in der Eurozone "nur" um 6,8 Prozent.

Die unsicheren Erwartungen, wie der Brexit letztlich ausfallen würde – "hart" (ohne Handelsabkommen mit der EU) oder "weich" (mit einem wie auch immer gearteten Abkommen) –, verunsicherten sowohl (ausländische) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch ausländische Investorinnen und Investoren. Auf jeden Fall kam es seit 2016 zu einer deutlichen Abwanderung aus dem Vereinigten Königreich. Die Netto-Migration von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ging zurück. Seit dem Referendum 2016 kam es auch

zu einem Netto-Kapitalabfluss aus dem Vereinigten Königreich beziehungsweise zu einem deutlichen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen (FDI).

Asymmetrische Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU

Die Beziehungen im Warenhandel zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind asymmetrisch. Für das Vereinigte Königreich ist die EU mit einem Exportanteil von 46 Prozent wichtiger als umgekehrt (Exportanteil 15 Prozent). Im Extra-EU27-Handel ist das Vereinigte Königreich im Export der zweitwichtigste Handelspartner nach den USA. Importseitig rangiert das Vereinigte Königreich (zehn Prozent) an dritter Stelle nach China (19 Prozent) und den USA (zwölf Prozent). Die EU27 erzielten 2019 im Handel mit dem Vereinigten Königreich einen Überschuss von 124 Milliarden Euro.

Die Asymmetrie im Dienstleistungshandel EU-Vereinigtes Königreich ist nicht so stark wie im Warenhandel. Das Vereinigte Königreich exportiert anteilig mit 40% mehr in die EU27 als die EU27 in das Vereinigte Königreich (25%). Dienstleistungen – insbesondere Finanzdienstleistungen – sind für das Vereinigte Königreich enorm wichtig. Die Gesamtexporte des Vereinigten Königreichs in die EU27 bestanden 2018 zu 59% aus Waren und zu 41% aus Dienstleistungen (davon 9% Finanzdienstleistungen). Die Gesamtimporte des Vereinigten Königreichs aus der EU27 setzten sich dagegen vorwiegend aus Waren (74%) und nur zu 26% aus Dienstleistungen (davon nur 2% aus Finanzdienstleistungen) zusammen.

Der Finanzplatz London hat – mangels EU-Pass für Finanzgeschäfte in der EU – bereits an Bedeutung verloren. Anfang 2021 hat Amsterdam die London Stock Exchange im Aktienhandel überholt.

Wer verliert am meisten?

Vor und rund um die Brexit-Verhandlungen gab es massenhaft Studien, die sich mit diversen Szenarien behelfen mussten. Nach Abschluss des HKA sieht man klarer. Zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU27 gibt es formal Freihandel (keine Zölle und Quoten) im Warenhandel. Sonderregelungen wurden für die Fischerei vereinbart. Die Zollkontrollen wegen phytosanitärer und Herkunftsnachweise („Papierkrieg“) fallen nichttarifäre Handelsschranken ins Gewicht. Dienstleistungen – insbesondere jene für Finanzdienstleistungen sind im HKA nicht erfasst. Das HKA ist also weit davon entfernt die Vorzüge einer vollen Teilnahme am EU-Binnenmarkt widerzuspiegeln. Die wenigen Studien, die das HKA analysieren, finden, dass das Vereinigte Königreich mittelfristig die größten gesamtwirtschaftlichen Verluste erleiden dürfte (rund 3,5 Prozent reales BIP), gefolgt von Irland (2,5 Prozent). Die EU27 dürfte gesamtwirtschaftlich kaum betroffen sein. Allerdings wird es zu starken Einbußen im bilateralen Handel kommen.

Das Vereinigte Königreich war – trotz „Britten-Rabatt“ – ein Netto-Zahler in den EU-Haushalt. Im Jahr 2018 betrug der Netto-Beitrag 6,972 Mrd. EUR, im Jahr 2019 6,822 Mrd. EUR. Das Vereinigte Königreich war nach Deutschland (14,487; 14,323) der zweitgrößte Netto-Zahler. Die ausfallenden Netto-Zahlungen des Vereinigten Königreichs mussten im

neuen Haushalt für 2021 und in den folgenden des mehrjährigen Finanzrahmens (2021-2027) umverteilt werden.

Der Zankapfel Nordirland-Protokoll

Zusammen mit dem HKA bleibt das „Austrittsabkommen“ von 2019 (inklusive Nordirland-Protokoll) in Kraft. Es schützt unter anderem die Rechte der EU-Bürgerinnen und -Bürger und der britischen Staatsangehörigen, die finanziellen Interessen der EU („Brexit-Bill“) und vor allem Frieden und Stabilität auf der irischen Insel. Die vollständige und zeitnahe Umsetzung dieses Abkommens (inklusive der Anwendung des Nordirland-Protokolls) war eine der wichtigsten Prioritäten der Europäischen Union. Nachdem das Unterhaus die erste Version mit dem verhassten „Backstop“ ablehnte, hat der neue Premierminister Johnson eine Revision des Nordirlandprotokolls mit der EU vereinbart. Das Hauptziel war, das Karfreitagsabkommen von 1998 nicht zu gefährden. Am 1. Jänner 2021 wurde das Protokoll zu Irland und Nordirland umgesetzt. Nordirland bleibt de facto im EU-Binnenmarkt. Um Grenzkontrollen zwischen Nordirland und der Republik Irland zu vermeiden gibt es eine Zollgrenze in der Irischen See.

Bereits kurz nach Inkraftsetzung gibt es die ersten Probleme. Abgesehen davon, dass durch die Zollkontrollen der Warenfluss Nordirland zu Vereinigtem Königreich und vice versa stockt, haben sowohl die EU (fast) als auch das Vereinigte Königreich (noch anhängig) gegen das Protokoll verstoßen.

Am 29. Jänner 2021 versuchte die Europäische Kommission Artikel 16 (von einigen die „Nuklearoption“ genannt) zu aktivieren, um für COVID-19-Impfstoffe, die in der EU produziert werden, Kontrollen an der Grenze von Irland zu Nordirland einzuführen. Nach heftigen Protesten der Regierungen des Vereinigten Königreichs und von Nordirland lenkte die Kommission ein und zog diese Option zurück. Jüngst hat London das Auslaufen der Sonderregelungen für besondere Waren (Reisen mit Heimtieren) einseitig verlängert, was die Europäische Kommission zur Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens bewog.

Verschiebung der wirtschaftlichen und politischen Macht

Kurzfristig, im Kampf gegen Corona hat das Vereinigte Königreich gegenüber der EU die Nase vorn. Die Beschaffung von Impfstoffen und deren Verimpfung gelingt dem Vereinigten Königreich erfolgreicher als der EU.

Für die Brexiteers ist der Brexit eine Chance, die alte Position des Vereinigten Königreichs wieder herzustellen. Sie träumen von einem „Global Britain“. Laut The Economist gibt es denn auch eine Reihe von Anhaltspunkten für ein „Global Britain“. Das Vereinigte Königreich ist immerhin Mitglied der NATO, der G7, der G20, des Commonwealth und hat einen permanenten Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Es verfügt über Atomwaffen und hat eine brauchbare Berufsarmee – zudem gibt es nach den USA am meisten für die NATO-Mitgliedschaft aus. Das Vereinigte Königreich verfügt durch seine exzellenten Universitäten,

die regelmäßig in internationalen Rankings unter den ersten 10 aufscheinen, über Soft Power im Überfluss.

Für die EU der 27 bedeutet der Brexit in mehrfacher Hinsicht eine Schwächung, zum einen im Inneren, aber auch im Äußeren. Sollte der Brexit für das Vereinigte Königreich weniger negative wirtschaftliche und politische Folgen haben als derzeit vermutet, könnte es Nachahmer für die Abspaltung aus der EU geben. Kandidaten sind Katalonien, das eine Abspaltung von Spanien anstrebt. In Belgien könnten sich Flandern und Wallonien vom Staat Belgien trennen. Diese Prozesse könnten eventuell zur Vervielfältigung der Zahl der EU-Mitgliedstaaten führen, wenn die aufgespaltenen Teile der ehemaligen EU-Mitgliedstaaten eine neue EU-Mitgliedschaft anstrebten. Es gibt aber auch in Ungarn und Polen Unzufriedenheit mit der EU – vorerst aus politischen (rechtsstaatlichen) Gründen. Ein Austritt ist so lange ausgeschlossen, solange diese Staaten die größten Netto-Empfänger des EU-Haushalts sind. Gelegentlich gibt und gab es auch populistisch motivierte EU-Austrittsanwandlungen in Frankreich oder in Italien und auch in Österreich.

Wie bereits ausgeführt, verliert die EU mit dem Vereinigten Königreich den zweitgrößten Netto-Zahler in den EU-Haushalt. Das wurde bereits im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 berücksichtigt.

Innerhalb der EU führt der Brexit zur Machtverschiebung in den EU-Institutionen Die Zahl der EU-Bevölkerung schrumpft um fast 13%, das BIP um 14% und das BIP pro Kopf um 1%. Die großen EU-Mitgliedstaaten gewinnen an Macht im Rat. Deutschland wird innerhalb der EU mit einem Gewicht an der Bevölkerung von 18% zum neuen „Hegemon“.

Die geschrumpfte EU ist nicht nur außenpolitisch geschwächt, sie verliert auch an wirtschaftlicher Macht. Zum einen kommt es zur Schwächung der politischen Macht in internationalen Institutionen (sie verliert mit dem Vereinigten Königreich einen potenten Partner in der NATO und im UNO-Sicherheitsrat). Um diese Schwächung zu überbrücken, wurde in der Politischen Erklärung eine Partnerschaft in Fragen der Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung beider Parteien beschworen.

Die EU büßt mit dem Brexit aber auch wirtschaftliche Macht ein, was nicht zuletzt auch bei Handelsverhandlungen im Rahmen der WTO zu Buche schlagen dürfte. Der Anteil von EU27 am Welt-BIP schrumpft von 17,2% auf 14,9%.

Eine nachträgliche Motivsuche für den Brexit ist müßig; jetzt müssen sich beide Parteien damit abfinden und das Beste daraus machen. Ob das gelingt, wird die Zukunft zeigen. Im Austrittsabkommen, in der Politischen Erklärung und im HKA sind wichtige Ansätze für eine gedeihliche Zukunft für beide Seiten formuliert. Sie müssen nur noch in die Tat umgesetzt werden.

-
- ¹ Dieser Beitrag basiert auf dem [FIW Policy Brief Nr. 49](#) vom März 2021 mit dem Titel „Die Folgen des Brexit für Österreich und die EU“.